

Kultur auf dem Abstellgleis Auswirkungen der Streichung des Berliner Projektfonds Urbane Praxis

Pressemitteilung

Berlin, den 20.01.2025

Der Rat für die Künste fordert den Regierenden Bürgermeister und den Berliner Senat auf, die geplante Umverteilung von Fördermitteln zulasten der Urbanen Praxis zu überdenken. Ein transparenter Dialog mit der Kulturszene ist notwendig, um eine nachhaltige und gerechte Kulturförderung sicherzustellen!

In den letzten Wochen des Jahres 2024 war die gesamte Berliner Kulturlandschaft geprägt von der international beachteten Debatte um die Kürzungen im Kulturhaushalt, die einen schweren Mangel an Planung, Dialog und Transparenz offenbarten. Das bemerkenswerte Ergebnis ist, dass viele Einschnitte sich nun als unpraktikabel, unökonomisch, vertragsbrüchig und destruktiv erweisen. Ein weiteres zentrales Problem ist, dass die Kürzungen beschlossen wurden, bevor Fachgespräche mit den betroffenen Institutionen und Kulturschaffenden stattfanden. Nebenbei wurde durch diesen mangelhaften Prozess das Vertrauen in eine plan- und sinnvolle Kulturpolitik erheblich erschüttert.

Schlecht für die Kultur, schlecht für die Demokratie!

Leider setzt sich diese Vorgehensweise im neuen Jahr fort. Das Kürzungschaos geht planlos weiter: Der Berliner Projektfonds Urbane Praxis soll 2025 ausgesetzt und seine Mittel stattdessen in die fast gestrichene Jugendkulturinitiative fließen.

Der Rat für die Künste Berlin hat 2020 das Programm Draussenstadt und damit den Berliner Projektfonds Urbane Praxis initiiert. Die Jugendkulturinitiative kann durch diese Umschichtung der Mittel allerdings nur ein halbes Jahr arbeiten. In der zweiten Jahreshälfte 2025 sollen die durch das Programm dauerhaft geförderten Kultureinrichtungen auf die Mittel des Berliner Projektfonds Kulturelle Bildung zurückgreifen dürfen.

Das sind für den Rat, der 2008 maßgeblich zur Gründung des Projektfonds Kulturelle Bildung beigetragen hat, sehr besorgniserregende Nachrichten. Die geplante Umverteilung stellt sowohl die Zukunft der kulturellen Stadtentwicklung als auch die nachhaltige Förderung von kultureller Teilhabe in Berlin in Frage und etablierte Förderstrukturen drohen zu verschwinden.

Wichtige Rolle des Projektfonds Urbane Praxis

Der Projektfonds Urbane Praxis hat in den vergangenen Jahren entscheidend dazu beigetragen, innovative Projekte und künstlerische Interventionen im Berliner Stadtraum zu ermöglichen. Der Projektfonds ist ein essenzielles Instrument, um dezentrale Kulturarbeit, kulturelle Teilhabe und die innovative Gestaltung öffentlicher Räume zu fördern. Seine Streichung stellt einen Rückschritt dar – nicht nur für Kunst und Kultur, sondern auch für die Vision einer zukunftsfähigen Stadt, die den Herausforderungen des Klimawandels, der sozialen Ungleichheit und der post-pandemischen Realität gewachsen ist.

Durch die gezielte Förderung von Projekten, die die Kunst des Stadtmachens, Partizipation und den ressortübergreifenden Dialog zwischen Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft vorantreiben, ist der Fonds ein Motor der kulturellen Stadtentwicklung. Seine Abschaffung gefährdet nicht nur wichtige Strukturen, sondern auch die Diversität der Berliner Kulturlandschaft und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Verlagerung der Mittel: Chancen und Herausforderungen

Der Rat für die Künste begrüßt grundsätzlich die verstärkte Förderung der Jugendkultur, da junge Menschen dringend Räume und Ressourcen zur Entfaltung ihrer kreativen Potenziale benötigen. Die geplante Umverteilung zu Lasten der Urbanen Praxis stellt jedoch ein Dilemma dar: Das Ausspielen verschiedener kultureller Förderbereiche und Akteursgruppen gegeneinander widerspricht dem Grundgedanken einer ganzheitlichen, inklusiven Kulturpolitik und einer demokratischen Ethik.

Was bedeutet das für die kulturelle Stadtentwicklung?

Die Entscheidung markiert einen Paradigmenwechsel in der Berliner Kulturpolitik: weg von einer breiten und inklusiven Förderung urbaner Kultur verschiedener Akteure, auch der freien Szene, hin zu einer Institutionalisierung und Bindung freier Fördermitteln an große Kulturinstitutionen. Eine zukunftsweisende und tragfähige Kulturpolitik sollte beide Bereiche stärken und Synergien schaffen, statt sie gegeneinander auszuspielen.

Berlin braucht eine Kultur der Zukunft

Die Zukunft Berlins liegt in einer Stadtentwicklung, die auf kultureller Teilhabe, sozialer Gerechtigkeit und nachhaltiger Innovation basiert. Der Rat für die Künste appelliert an die Verantwortlichen, gemeinsam mit der Kulturszene Lösungen zu finden, um diese Zukunft nicht aufs Spiel zu setzen.

Appell an die Politik

Der Rat für die Künste fordert den Regierenden Bürgermeister und den Berliner Senat auf, die Entscheidung über die geplante Umverteilung von Fördermitteln zulasten der Urbanen Praxis kritisch zu überdenken. Es braucht einen transparenten Dialog mit der ganzen Kulturszene, um eine nachhaltige, ausgewogene Kulturentwicklungsplanung zu gewährleisten.

Berlin muss Vorbild für eine innovative und inklusive Kulturpolitik bleiben - für die Stadt und weit darüber hinaus!

Für den Rat für die Künste Berlin

Franziska Werner, Sabine Kroner, Daniel Neugebauer und Oliver Baurhenn - Sprecher*innen